Polen - Pressespiegel 03/2023 vom **19.01.2023**

Das finden Sie in dieser Ausgabe

- *Die PiS nimmt sich das Wahlgesetz vor. Batory-Stiftung: Viele gefährliche Änderungen, ohne echte Bewertung und Analyse*
- *Solange die PiS an der Macht ist, gelten die Verjährungsfristen nicht. Ein genialer Artikel in der Verfassung*
- *Lewicka: Es kann alles passieren. Aus diesem Grund wird die PiS vor nichts zurückschrecken*
- *Ist dies die neue Norm in der Weltpolitik? Werden Populisten nach Niederlagen versuchen, mit Gewalt an die Macht zu kommen? Was erwartet Polen?*
- *Die polnisch-belarussische Grenze. Eine Parodie auf den Patriotismus*
- *Opposition bei den Wahlen 2023: Zählen Sie nicht auf ein Wunder, zählen Sie auf sich selbst*

Dazu wie immer ein Cartoon von Andrzej Mleczko und zum Schluss mal ein kluger, mal ein dummer Spruch der Woche

Die PiS nimmt sich das Wahlgesetz vor. Batory-Stiftung: Viele gefährliche Änderungen, ohne echte Bewertung und Analyse

Quelle: wyborcza.pl

*Ein Kommentar von **Agata Kondzińska***

PiS will die Änderungen des Wahlgesetzes schnell durch den Sejm bringen. Sie schlägt vor 6.000 zusätzliche Wahllokale und einen leichteren Zugang zu ihnen. Doch Experten warnen: Eine solche Geschwindigkeit und fehlende Konsultationen schließen die Zuverlässigkeit der Arbeit aus.

Der Entwurf zur Änderung des Wahlgesetzes wurde von PiS-Abgeordneten kurz vor Weihnachten vorgelegt. Die Regierungspartei hat es damit eilig – sie will sie möglicherweise schon in der am Mittwoch beginnenden Sejm-Sitzung durchsetzen, obwohl sie vorerst nicht auf der Tagesordnung stehen.

Es wird erwartet, dass durch die neuen Maßnahmen rund 6.000 weitere Wahllokale entstehen. Bisher wurden die regionalen Wahlkommissionen bei einer Mindestzahl von 500 Wahlberechtigten eingerichtet. Die PiS schlägt vor, diese Mindestzahl auf 200 Wahlberechtigte herabzusetzen.

Der Transport zu den Wahllokalen soll erleichtert werden. Die Gemeinden müssen Behinderten, Kranken und älteren Menschen, aber auch allen Wählern, bei denen die Bushaltestelle beispielsweise 1,5 km entfernt ist oder die keine öffentlichen Verkehrsmittel nutzen können, kostenlosen Zugang gewähren, und zwar zweimal täglich. Diese Busse sollen alle Städte, Wohnsiedlungen, Dörfer, Siedlungen, Kolonien und Weiler anfahren, in denen „mindestens fünf in das Wählerverzeichnis eingetragene Wähler in einem bestimmten ständigen Wahlbezirk“ leben. Die Rechnungen werden von Woiwode bezahlt.

Experten: kurze Frist schließt Gewissenhaftigkeit aus

Die Regierenden erklären die Änderungen mit dem Willen, die Wahlbeteiligung zu erhöhen. Experten weisen jedoch auf die Art und Weise des Wandels hin. In einer Stellungnahme für die Stefan-Batory-Stiftung heißt es: „Eine parlamentarische Gesetzesinitiative wird einige Tage vor Beginn des Wahljahres eingereicht. Der Mindestzeitraum der *legislativen Stille* von sechs Monaten, der sich aus der Rechtsprechung des Verfassungsgerichts ergibt, beginnt Mitte Februar unter Berücksichtigung der letzten verfassungsmäßigen Frist für den Präsidenten der Republik Polen, Wahlen zum Sejm und zum Senat anzuordnen. Eine so kurze Frist für die Gesetzgebungsarbeit macht es schon per definitionem unmöglich, den Entwurf sorgfältig zu bearbeiten".

Bei der Änderung des Kodex handelt es sich um einen parlamentarischen Entwurf. „Auf diese Weise wird der gesamte Weg der Gesetzgebung vermieden, der breitere Konsultationen beinhaltet", schreibt Adam Gendźwiłł vom Team der Wahlexperten der Stefan-Batory-Stiftung in seinem Kommentar. Er stellt fest, dass „der Entwurf wenig mit früheren inhaltlichen Diskussionen gemein hat, sondern vielmehr die Ankündigungen des Abgeordneten Jarosław Kaczyński aufgreift, wonach wir mehr regionale Wahlkommissionen, mehr Beobachter und gesetzlich verankerte Anweisungen für die Stimmenauszählung brauchen".

Kürzlich versprach Jarosław Kaczyński bei einem Treffen mit PiS-Anhängern in Puławy: „Wir wollen ein paar tausend solcher Orte schaffen, vor allem in den Kirchengemeinden, damit die Menschen, die aus der Kirche kommen, wählen können. Wir haben jedes Recht, das zu tun. Sie sind die gleichen Bürger wie andere auch. In Warschau sind es nur ein paar hundert Schritte bis zu einem Wahllokal."

Änderung ohne Analyse

Jacek Haman, der auch das Expertenteam der Batory-Stiftung vertritt, räumt ein, dass „Maßnahmen zur Verringerung der Ungleichheiten bei Wahlen grundsätzlich zu begrüßen sind, wenn sie durch eine zuverlässige Analyse gestützt werden, die bestätigt, dass sie auf reale Probleme reagieren und dass die Kosten der ergriffenen Maßnahmen in einem angemessenen Verhältnis zum Wert der erzielten Effekte stehen". Haman weist darauf hin, dass die PiS weder eine Analyse der Tatsache, „dass das Problem des Zugangs zu den Wahllokalen wirklich wichtig ist", noch eine Analyse der Kosten vorgelegt hat. Und es geht nicht nur um die Kosten für die Einrichtung neuer regionalen Wahlkommissionen, sondern auch um die Notwendigkeit, Zehntausende von zusätzlichen Mitgliedern der regionalen Wahlkommissionen zu finden und zu schulen".

Experten zitieren eine CBOS-Umfrage: „Auf die Frage nach den Gründen für die Nichtabgabe der Stimme gaben die Wähler nur sehr selten an, dass ein Wahllokal (aufgrund der Entfernung) nicht zur Verfügung steht. Häufiger begründeten sie ihre Nichtabstimmung mit ihrer Abwesenheit von zu Hause."

Die PiS ignoriert in dem Entwurf zum Beispiel die Anpassung der Wahllokale für Menschen mit Behinderungen. Und nach Angaben der Staatlichen Wahlkommission waren bei den Präsidentschaftswahlen 2020 sogar 43 Prozent der Wahllokale nicht angepasst.

Die Änderung, die es Beobachtern und Vertrauensleuten ermöglicht, „die Aktivitäten der Kommission von der Öffnung bis zur Schließung des Wahllokals" aufzuzeichnen, wird von Experten als gefährlich angesehen. „Solche Aktionen könnten zum einen das Wahlgeheimnis gefährden und zum anderen als unzulässiger Druck auf die Wähler angesehen werden. Es ist besonders besorgniserregend, dass eine so wichtige Änderung irgendwie in den Entwurf hineingeschmuggelt wird", heißt es in der Stellungnahme.

Zsfg.: JP

https://wyborcza.pl/7,75398,29342845,pis-bierze-sie-za-kodeks-wyborczy-eksperci-fundacji-batorego.html

ANDRZEJ MLECZKO

ES WURDE STÜCKWEISE VERKAUFT.
PRO KILO GERECHNET WAR ES WIRKLICH BILLIG.

Zsfg.: JP

Mehr Informationen über den Künstler findet man auf den offiziellen Seiten:
http://www.mleczko.pl/ und http://www.sklep.mleczko.pl/

Solange die PiS an der Macht ist, gelten die Verjährungsfristen nicht. Ein genialer Artikel in der Verfassung

Quelle: wyborcza.pl

*Ein Kommentar von **Jacek Żakowski***

Ich weiß nicht, woher unsere Verfassungsväter eine so geniale Idee hatten, aber sie schufen Artikel 44 - eine Verordnung, die nur wenige Verfassungen in der Welt haben.

Wahrscheinlich haben viele von Ihnen die Worte des Rechtsanwalts Jacek Dubois beunruhigt, der in einem Interview mit Agnieszka Kublik erklärte: „Ich halte nicht viel von der Haftung für die Überschreitung der eigenen Befugnisse, weil sie verjähren könnte. So hat beispielsweise Beata Kempa als Leiterin des Büros der Ministerpräsidentin das Verfassungsgerichts-Urteil nicht veröffentlicht. (...) wenn dies aufgrund eigener Vorteile motiviert war, verjährt es nach 15 Jahren, wenn es das nicht war, verjährt es nach fünf Jahren."

Wenn Beata Kempa straffrei bleiben würde, wäre das eine moralische Katastrophe auf staatlicher Ebene gewesen. Aber zum Glück haben wir eine Verfassung!

Polen ist nicht Amerika oder Deutschland. Die Verfassung hat in unserem Land nie ein besonderes Ansehen genossen. Auch in den Zeiten, als wir noch ein Verfassungsgericht hatten, nicht nur eine Attrappe.

In der Verfassung (Artikel 16) heißt es beispielsweise: „Alle Einwohner der Gebietseinheiten bilden von Rechts wegen eine Selbstverwaltungsgemeinschaft", aber irgendwie hat es niemanden gestört, dass das Wahlgesetz Einwohner, die nicht die polnische oder die EU-Staatsbürgerschaft besitzen, von dieser Gemeinschaft ausschließt und ihnen das Recht auf Teilnahme an den Kommunalwahlen verwehrt.

In der Verfassung (Artikel 68) heißt es: „Die Bürgerinnen und Bürger haben unabhängig von ihrer finanziellen Lage gleichen Zugang zu den von der öffentlichen Hand finanzierten Gesundheitsdiensten“, aber die Nichtversicherten haben keinen „gleichen Zugang“, aber Empörung darüber ist nicht zu hören.

Laut Verfassung (Art. 227) sollen „Personen, die sich durch ihre Finanzkenntnisse auszeichnen“, in den Rat für Geldpolitik gewählt werden, doch wurde gerade ein Experte für die Stabilität der Systeme, ein Experte für das Funktionieren von Unternehmen, ein Experte für Investitionen und Arbeitslosigkeit gewählt. Und niemand behauptet, dass die Verfassung verletzt wurde, denn die Verfassung sagt nicht, in welcher Gruppe der Kandidat auffallen soll - bei den Kindergartenkindern, in der Bevölkerung insgesamt, bei den Wirtschaftswissenschaftlern oder bei den Finanzfachleuten.

Im Allgemeinen herrscht die Ansicht vor, dass die Verfassung, von einigen wenigen Ausnahmen abgesehen, in denen sie apodiktisch ist, immer so ausgelegt werden kann, wie es einem passt. In Polen fühlen sich, anders als in Amerika, nur wenige verpflichtet, dem Willen der Verfassungsväter treu zu bleiben, denn bei jedem von ihnen kann man einen ungültig machenden Makel finden. Für Politiker ist die Verfassung eher eine Krücke als eine Beschreibung der Ideale, denen wir treu sein sollen. Das ist schade, denn unabhängig von den Qualitäten derjenigen, die sie verfasst haben, steckt in der Verfassung ein Genie, vor dem es sich zu verneigen lohnt.

So heißt es beispielsweise in Artikel 44: „Die Verjährung von Straftaten, die nicht aus politischen Gründen verfolgt werden und die von Amtsträgern oder auf deren Weisung begangen werden, wird bis zum Wegfall dieser Gründe ausgesetzt“. Das passt natürlich perfekt zu Beata Kempa, aber auch zu Leuten, die Pushbacks durchführen, zu Polizisten, die Demonstranten schikanieren, zu Ministern, die ungerechtfertigt Geld ausgeben, und so weiter. Solange der politische Grund für die Nichtverfolgung, d. h. die Macht der PiS, nicht weggefallen ist, läuft die Verjährungsfrist nicht.

Und da die polnische „Verfassung unmittelbar gilt“, sofern „sie selbst nichts anderes vorsieht“, kann sich nach einem Machtwechsel - wann auch immer dieser stattfinden wird - jeder Staatsanwalt mit diesen Personen befassen. Und er wird eine solche Verpflichtung haben. Das sollte sich jeder Beamte und seine Untergebenen gut merken. Vor allem in diesem Jahr, das gerade beginnt und in dem es viele Versuchungen geben wird.

Ich weiß nicht, woher unsere Verfassungsväter eine so geniale Idee hatten, denn für mich sahen sie auch nicht so aus, aber sie schufen einen genialen Artikel 44 - eine Verordnung, die nur wenige Verfassungen auf der Welt haben. Ich weiß, dass es die Leser des Interviews mit Rechtsanwalt Jacek Dubois trösten wird.

Macht euch keine Sorgen, denn die Zeit wird die politischen Wunden in Polen eher heilen, als sie die Straffreiheit bringt den Kriminellen, die von politischen Partnern geschützt werden.

Zsfg.: AV

https://wyborcza.pl/7,75968,29348080,dopoki-pis-rzadzi-przedawnienie-sie-nie-liczy-genialny-artykul.html

Lewicka: Es kann alles passieren. Aus diesem Grund wird die PiS vor nichts zurückschrecken

Karolina Lewicka *Quelle: natemat.pl*

Ein Kommentar von ***Karolina Lewicka***

Nichts ist sicher. Zehn Monate vor den Wahlen sind die Chancen der beiden Parteien ziemlich gleich. Es wird um wenige Prozentpunkte gehen, die die einen verlieren und die anderen gewinnen werden. Es ist schwierig, überhaupt von Trends zu sprechen. Offensichtlich wird die PiS schwächer, aber es ist kein Abwärtstrend.

Vor einem Jahr war die Partei von Jarosław Kaczyński in einem Dreißig-Prozent-Loch gelandet, um dann bereits im April, als der Kriegsausbruch sich auswirkte, wieder bis zu fünf Prozentpunkte zuzulegen. Am Ende des Sommers kam es zu weiteren Rückgängen, wahrscheinlich bedingt durch die Angst der Öffentlichkeit vor einem Winter ohne Kohle.

Im September kam es zu einem leichten Aufschwung, dann aber zu kontinuierlichen, wenn auch geringen Verlusten während des gesamten Herbstes. Die Unterstützungskurve für die *Platforma Obywatelska* [PO] steigt, aber bemerkenswert langsam. Sie hat es immer noch nicht geschafft, die von Donald Tusk bis Ende 2021 angestrebte Unterstützung von 30 Prozent dauerhaft zu erreichen. Im Dezember 2022 - also zwölf Monate später – ist immer noch eine Zwei vorne, wenn auch nur knapp vor der Drei (29 Prozent).

Wenn wir die beiden aktuellen Kurven verlängern, würden sie sich in zwei bis drei Monaten schneiden: Die Plattform wird dann die PiS entthronen.

Das kann der Fall sein oder auch nicht, denn schließlich wissen wir nicht, was uns hinter der nächsten Kurve erwartet. Wird nach der Pandemie und dem Konflikt im Osten nicht ein weiterer schwarzer Schwan kommen, der die Parteipräferenzen der Wähler verändert? Oder wird ein Tropfen fallen, der das Fass zum Überlaufen bringt? Oder wird eine der Parteien in den Besitz einer Wunderwaffe kommen?

Die Unfähigkeit, ungewöhnliche Ereignisse vorherzusagen, bedeutet, dass wir den Lauf der Geschichte nicht vorhersagen können – lehrt uns Nicholas Nassim Taleb, amerikanischer Schriftsteller und Investor.

Die PiS hat noch nicht das letzte Wort gesprochen

Kaczynski ist sich bewusst, dass noch nicht alles verloren ist, und seine Entschlossenheit wächst. Wir sehen das an den Maßnahmen dieser Regierung. Es handelt sich um die rücksichtslose Erhöhung der Ausgaben für Propaganda (eine Änderung des Haushaltsgesetzes, mit der die Mittel für TVP von zwei Milliarden auf fast drei Milliarden im Jahr 2023 erhöht werden) oder die Anhäufung von Finanzmitteln für die Kampagne (Tribute für die PiS, die Vorstandsmitglieder der Staatsunternehmen aufbringen müssen).

Dabei handelt es sich um Vorschläge zur Änderung des Wahlgesetzes, um die Wahlbeteiligung auf dem Land und bei den Senioren zu erhöhen, d. h. in den Gebieten und Wählerschichten, in denen die PiS deutlich besser abschneidet als die Opposition. Es ist die Idee eines Überprüfungsausschusses, der Donald Tusk – denn nur um ihn geht es hier – mit einem zehnjährigen Verbot der Ausübung öffentlicher Ämter belegen kann.

Es sind auch die verzweifelten, wenn auch bisher erfolglosen Versuche EU-Gelder zu erhalten. Die PiS hat jedoch noch nicht ihr letztes Wort zum Nationalen Wiederaufbauplan gesprochen, und eine Idee für einen Ausweg aus der Sackgasse der Koalition wurde Kaczyński kürzlich von Michał Karnowski vorgeschlagen: „Es sollte vereinbart werden, dass sechs Monate nach der Verabschiedung des Gesetzes eine Analyse seiner Funktionsweise durchgeführt wird. Wenn sich herausstellt, dass es tatsächlich eine Quelle großen rechtlichen Chaos ist (...), dann wird die parlamentarische Mehrheit in der Lage sein zu reagieren – was per Gesetz eingeführt wurde, kann per Gesetz zurückgenommen werden."

Karnowski rät daher, die Änderung des Gesetzes über den Obersten Gerichtshof, die der Zankapfel zwischen der PiS, *Solidarna Polska* und dem Präsidenten ist, schnell zu verabschieden, sie der Europäischen Kommission vor die Nase zu halten, das Geld für den Nationalen Wiederaufbauplan zu nehmen und dann die eingeführten Regelungen mit einem anderen Gesetz rückgängig zu machen. Die Regierung von Mateusz Morawiecki wird vor einem solchen Szenario sicher nicht zurückschrecken.

Andererseits berichtete „Polityka" vor einigen Wochen, dass die PiS in Forschungsarbeiten investiert, die die Entwicklung der Neurowissenschaften und die Entwicklung von Wahlstrategien miteinander verbinden. Seit Wissenschaftler das menschliche Gehirn mithilfe der Magnetresonanztomografie untersucht haben, sind wir uns sicher, dass, wie der amerikanische Sozialpsychologe Jonathan Haidt schreibt, der menschliche Geist einem Reiter auf einem Elefanten gleicht, wobei die Aufgabe des Reiters darin besteht, dem Elefanten zu dienen. Der Reiter ist unser bewusstes Denken, der Elefant sind die anderen 99 % der mentalen Prozesse, die außerhalb des Bewusstseins ablaufen, aber die meisten unserer Handlungen bestimmen.

Dazu gehören natürlich auch Wahlkampfmaßnahmen. Zu erkennen, was die Menschen wirklich denken und fühlen, ohne die Vorurteile, die zum Beispiel durch Rationalisierung, Konformismus oder politische Korrektheit bedingt sind, kann der Schlüssel zum politischen Erfolg sein. Die PiS hat sich lange Zeit, wie alle Populisten, auf die Emotionen der Bevölkerung verlassen. Dank der Neurowissenschaften kann sie beginnen, sie noch genauer zu identifizieren und bei den Wahlen zu nutzen. Zumindest wird sie es versuchen.

„Demut ist nie genug"

Es wird auch in diesem Jahr ein Duell der Erzählungen sein. Es ist bereits erkennbar, dass sich die PiS darauf vorbereitet, etwa ab April, also sechs Monate vor den Wahlen, die Geschichte vom großen Erfolg der Disinflation zu erzählen. Eine Senkung der Inflation bedeutet natürlich nicht, dass die Preise fallen,

sondern nur, dass sie etwas langsamer steigen. Doch das mag der PiS genügen, um die Öffentlichkeit zu beruhigen und Märchen im Stil von Adam Glapiński über ein „polnisches Wirtschaftswunder“ zu spinnen.

Eine weitaus halsbrecherischere Aufgabe scheint sich der Parteivorsitzende von PiS gestellt zu haben, wie Joachim Brudziński am zweiten Tag des neuen Jahres berichtete: „Wieder einmal schickt Jarosław Kaczyński uns Parlamentarier, um jeden Tag Polen zu treffen, um in Dörfern, Gemeinden und sogar Pfarreien zu sprechen. Die PiS möchte in diesem Jahr 2023 vor uns allen (...) von Świnoujście bis Bogatynia, von Ustrzyki Dolne bis Suwałki daran erinnern, was Demut ist. Es kann nie genug Demut geben.“

Die PiS begann ihre Regierungszeit 2015 mit dem Bekenntnis zu dieser Tugend, und diese Bescheidenheit erklang zusammen mit „Arbeit, Mäßigung, Besonnenheit und Verantwortung“ im Exposé von Beata Szydło, aber wir haben niemals Demut in der PiS gesehen. Es war und ist eine arrogante, ja unverschämte Regierung, mit der die PiS lange Zeit durchkam, aber es wird nicht unbedingt möglich sein, die gemäßigten Wähler wieder mit der Demut zu angeln.

Zumal Kaczynskis anderes Gebot aus dem Wahlkampf 2015, „wer seine politische Position gegen Geld einlösen will, muss gehen“, nicht gilt - im Gegenteil, man ist in der PiS, man geht zur PiS und die PiS wird unterstützt, um sich finanziell zu bereichern.

Die kleineren und größeren Vermögen, die in den letzten sieben Jahren gemacht wurden, können der PiS mehr schaden als das Fehlen von Milliarden Euro aus dem Nationalen Wiederaufbauplan, die sich der konventionelle Jan Kowalski nicht vorstellen kann. Warum?

Denn obwohl es nicht schwer ist, Professor Andrzej Leder zuzustimmen, der sagt, dass „die PiS das Blut und die Knochen ihrer Wählerschaft ist, einschließlich Diebstahl, Aufdringlichkeit, Vetternwirtschaft und alles für die eigenen Leute zu tun“, kann man die Wahlen mit dieser hartgesottenen, sektiererischen Wählerschaft, die jede Gemeinheit der PiS akzeptiert, nicht gewinnen. Hier liegt die größte Hoffnung für 2023.

Zsfg.: JP

https://natemat.pl/461014,lewicka-wszystko-sie-moze-zdarzyc-dlatego-pis-nie-cofnie-sie-przed-niczym

Ist dies die neue Norm in der Weltpolitik? Werden Populisten nach Niederlagen versuchen, mit Gewalt an die Macht zu kommen? Was erwartet Polen?

Quelle: wyborcza.pl

*Ein Kommentar von **Bartosz T. Wieliński***

Zwei Jahre nach dem Anschlag auf das Kapitol haben wir erneut in den Abgrund geblickt. Dank der Stärke der demokratischen Institutionen ist der Aufstand der Anhänger des unterlegenen brasilianischen Präsidenten Jair Bolsonaro zwar gescheitert, aber die Wiederholung bestimmter Verhaltensweisen ist besorgniserregend.

Fast genau zwei Jahre, nachdem die Anhänger von Donald Trump das Kapitol stürmten, nachdem sie versucht hatten, die Machtübergabe an Joe Biden, der die demokratischen Wahlen gewonnen hatte, gewaltsam zu stören, beschlossen die Anhänger des unterlegenen brasilianischen Präsidenten Jair Bolsonaro eine ähnliche Aktion. Am Sonntag stürmten mehrere tausend Menschen das brasilianische Parlament, den Obersten Gerichtshof und den Sitz des Präsidenten, schlugen Fenster ein, verwüsteten die Innenräume und verprügelten Journalisten, die über die Ereignisse berichteten.

Trumps aggressiver Stil inspirierte Demagogen

Bolsonaro und Trump haben mehr gemeinsam als nur die Tatsache, dass sie beide ihren Kampf um die Wiederwahl verloren haben. Die ehemaligen Präsidenten hatten übereinstimmende Ansichten, wenn es um das Funktionieren der Demokratie in ihren Ländern, die Menschenrechte oder den Umweltschutz ging.

Beide zeigten starke autoritäre Neigungen, beide vertieften bewusst die Spaltung ihrer Gesellschaften, hetzten gegen ihre Gegner und stachelten schließlich, da sie die Wahlniederlage nicht akzeptieren wollten, ihre Anhänger dazu auf, die Dinge selbst in die Hand zu nehmen. Bis heute sind die Wunden, die der Demokratie am 6. Januar 2021 zugefügt wurden, in Amerika nicht verheilt. Der Anschlag auf das brasilianische Kapitol wird ähnliche Folgen für das Land haben.

Wir haben erneut in den Abgrund geblickt. Die Geschichte lehrt uns, dass eine durch einen Staatsstreich übernommene Macht zu einer verbrecherischen, ja sogar völkermordenden Macht wird. Eine gründliche Untersuchung wird in einiger Zeit zeigen, wie nahe wir einem solches Szenario in Brasilien gekommen sind. Es ist bereits klar, dass sich die Demokratie dort dank der Stärke der staatlichen Strukturen verteidigt hat. Die Anhänger Bolsonaros wurden nicht vom Militär unterstützt, die Polizei hatte die Situation innerhalb weniger Stunden unter Kontrolle, mehrere hundert Angreifer wurden festgenommen. Wie die Angreifer auf das Kapitol in Washington werden auch sie verurteilt werden.

Die Wiederholung bestimmter Verhaltensweisen ist jedoch beunruhigend. Trumps egoistischer, verächtlicher und aggressiver Politikstil hat Demagogen in aller Welt inspiriert. Schamloser Wahlkampf auf der Grundlage von Verschwörungstheorien, Hass auf Minderheiten und Isolationismus sind zur neuen Norm geworden. Wird es auch zur Norm, eine Wahlniederlage infrage zu stellen und zu versuchen, sie mit einer Invasion des Mobs ins Parlament rückgängig zu machen?

Russland mischt sich seit Jahren mithilfe von Troll-Farmen und Hackern in den Wahlkampf im Westen ein. Russland unterstützt offen Populisten und finanziert diese sogar. Gerade jetzt, wo der Westen der Ukraine hilft, sich gegen eine russische Invasion zu verteidigen, ist es notwendig, sich auf den schlimmsten Fall vorzubereiten. Das Rezept ist immer noch dasselbe: Stärkung der demokratischen Institutionen, Förderung der Rechtsstaatlichkeit, Gewährleistung der Integrität von Wahlen, Schutz freier Medien.

Könnte dieses Szenario auf Polen zukommen?

Ich betrachte die Glasscherben auf dem Boden des brasilianischen Parlamentsgebäudes und denke an Polen. In zehn Monaten werden wir den Sejm und den Senat wählen. Die PiS schreckt angesichts der immer schlechter werdenden Umfragewerte vor nichts zurück, um an der Macht zu bleiben. Die Rechtsstaatlichkeit in Polen ist seit Jahren infrage gestellt. Nahezu alle staatlichen Ressourcen werden für den Wahlkampf eingesetzt, die Staatsanwaltschaft, die Polizei und die Geheimdienste sind zu einem Instrument im Dienste der Partei geworden. Die hasserfüllte Propaganda in den öffentlichen Medien nimmt zu. Die Behörden versuchen erneut, den unabhängigen Fernsehsender TVN zum Schweigen zu bringen, und beginnen gleichzeitig, das Wahlrecht zu manipulieren.

Anstatt den Staat angesichts der Krise zu stärken, schwächt ihn die PiS. Entschuldigung, aber nach den Ereignissen vom Sonntag in der brasilianischen Hauptstadt muss ich diese Frage stellen. Geschieht das nicht deshalb, um ihn leichter übernehmen zu können, sollten die Wahlergebnisse nicht im Sinne der aktuellen Machthaber sein?

Zsfg.: AV

https://wyborcza.pl/7,75399,29339463,czy-to-nowy-standard-w-swiatowej-polityce-przegrani-populisci.html#S.MT-K.C-B.1-L.2.maly

Die polnisch-belarussische Grenze. Eine Parodie auf den Patriotismus

Quelle: wyborcza.pl

*Ein Kommentar von **Jacek Kubiak***

Die meisten Personen, die sich zu diesem Thema äußern, betrachten den Tod von Migranten überhaupt nicht unter moralischen Gesichtspunkten. Es ist, als ob die Polen aufgehört hätten, Empathie zu empfinden.

Die Tatsache, dass Menschen auf den Feldern und in den Wäldern an der Grenze an Erschöpfung und Unterkühlung sterben, scheint für die meisten Polen kein großes Problem darzustellen. Das Wichtigste ist angeblich die patriotische Pflicht, die Grenze gegen Fremde zu verteidigen. Nur, dass ein solcher Patriotismus die Verachtung des menschlichen Lebens, das Lob der Gesetzlosigkeit und des Sadismus voraussetzt. Was für eine Art von Patriotismus ist das also? Das ist unmoralischer Nationalismus.

Nach den Kommentaren unter den Online-Nachrichten zu urteilen, in denen über den Tod weiterer Syrer, Jemeniten und anderer Flüchtlinge an der Ostgrenze berichtet wird, betrachten die meisten Menschen, die sich zu diesem Thema äußern, den Tod dieser Menschen überhaupt nicht unter moralischen Gesichtspunkten. Es ist, als ob die Polen aufgehört hätten, Empathie zu empfinden. Sie sehen in den Flüchtlingen Kriminelle, die gegen das Gesetz verstoßen, und rechtfertigen damit, dass der Grenzschutz unrechtmäßige Pushbacks durchführt. Da diese erfrorenen Menschen die Grenze illegal überquert haben, sind sie selbst daran schuld. Der Grenzschutzdienst sollte sie auf die belarussische Seite zurückschicken, denn die Verteidigung der Grenze hat Vorrang vor allen anderen Prioritäten.

Diejenigen, die in Internetforen ähnliche Worte schreiben, halten sich für Patrioten. Aber um patriotisch zu sein, muss man zuerst etwas fühlen. Sie scheinen jedoch über keinerlei menschliche Reflexe zu verfügen.

Hat es etwas mit Patriotismus zu tun, die Grenze zu verteidigen, indem man den Tod von illegal einreisenden Flüchtlingen oder Migranten verursacht?

Nun, laut PiS hat es das. Denn es war die PiS, die dieses Konzept des Patriotismus eingeführt hat, das ich für meinen eigenen Gebrauch als rationierten Patriotismus bezeichne. Es ist die Propaganda der PiS, die definiert, wer im heutigen Polen ein Patriot ist und wer nicht. Um ein Patriot zu sein, reicht es aus, an die PiS zu glauben. Und vorzugsweise sie zu wählen. Das ist nichts Neues unter der Sonne, denn die PiS ist mit diesem Ansatz nicht einmal führend in Europa und der Welt. Alle populistischen Parteien der extremen Rechten, die zumeist faschistisch sind und die Herrschaft der Gewalt der Demokratie vorziehen, verwenden solche Definitionen von Patriotismus. In Frankreich hat Marine Le Pen ihre Anhänger lange und bei jeder Gelegenheit als wahre Patrioten bezeichnet.

Der Patriotismus in seinem normalen Sinn hat nichts mit dem der Partei und der Machtausübung gemein. Nach dem Wörterbuch der polnischen Sprache lautet die Definition von Patriotismus wie folgt: „Patriotismus ist eine starke Verbundenheit, Liebe, meist zum Heimatland, ein Gefühl der sozialen Verbundenheit und die Bereitschaft, für die eigene Nation Opfer zu bringen und gleichzeitig andere Nationen und deren Gesetze und Kulturen zu respektieren“. Dieser zweite Teil der Definition ermöglicht es, zwischen Patriotismus und Nationalismus zu unterscheiden. Aber der Patriotismus der heutigen Populisten entspricht nicht einmal einem winzigen Teil dieser Definition. Verbal sind sich alle einig, aber der angebliche Patriotismus der Populisten grenzt nicht nur Ausländer aus, sondern auch Landsleute, die andere politische Ansichten vertreten. Das ist überhaupt kein Patriotismus, sondern seine nationalistische Parodie.

Eine solche Rhetorik ist eine der wichtigsten, wenn nicht die wichtigste politische Waffe der PiS. Immer und immer wieder und bei jeder Gelegenheit wiederholt, hat es eine betäubende Wirkung auf die Polen. Wer sonst hat die Kraft zu leugnen, zu widersprechen, zu kritisieren, zu erklären, wenn er zum x-ten Mal hört, dass nur die PiS das Recht hat, zu entscheiden, wer ein Patriot ist und wer nicht? Eine tausendmal wiederholte Lüge wird zur Wahrheit. Das beste Beispiel für diese Regel ist Tusks berühmtes „für Deutschland“, das von TVP tausendfach wiederholt wurde.

Der Tod der Menschen an der Grenze ist der deutlichste und drastischste Beweis für die Überschreitung aller Grenzen des Anstands durch die „PiS-Patrioten“. Nationalismus ist eine fatale und tödliche Krankheit. Aber sie tötet die Feinde der Nationalisten ebenso wie sich selbst. Der Nationalismus tötete sowohl Präsident Narutowicz als auch seinen Mörder, Niewiadomski. Jetzt fordert sie an der Grenze einen tödlichen Tribut. Diejenigen, die hierherkommen und vor Krieg und Verfolgung fliehen (Syrer, Jemeniten) sowie diejenigen, die ein besseres Leben suchen (Marokkaner, Ägypter), bezahlen den PiS-Nationalismus mit ihrem Leben. Niemand fragt an der Grenze, wer wer ist. Jeder wird auf die gleiche Weise in die Kälte gestoßen, solange er sich auf der belarussischen Seite befindet. Denjenigen, die ihnen helfen, wird von den Nationalisten Ehre und Glaube abgesprochen, auch wenn sie es sind, die die Ehre Polens und der Polen retten.

So verflechten sich Leben und Tod, Gewissen und fehlendes Gewissen, Empathie und fehlende Empathie, Menschlichkeit und fehlende Menschlichkeit. Wir alle können wählen, auf welcher Seite wir stehen wollen. In der Philosophie nennt man das, glaube ich, den freien Willen. Die Bedeutung solcher Entscheidungen war immer die gleiche, schwarz-weiß, manichäisch. Es ist eine Entscheidung zwischen Gut und Böse.

Jemand hat einmal gesagt: „Besiege das Böse mit dem Guten“. Erinnern wir uns noch daran, wer es war und dass diese Aufforderung universell sein sollte?

Lassen Sie uns also wählen. Schließlich haben wir diesen freien Willen, wir haben die Wahl. Aber die Wahl in dieser Angelegenheit ist nur scheinbar binär. 90 % von uns entscheiden sich für die dritte, bequemste Option – die Gleichgültigkeit.

Zsfg.: AV

https://wyborcza.pl/7,75968,29340368,granica-polsko-bialoruska-oto-parodia-patriotyzmu.html

Opposition bei den Wahlen 2023: Zählen Sie nicht auf ein Wunder, zählen Sie auf sich selbst

Quelle: wyborcza.pl

*Ein Kommentar von **Wojciech Sadurski***

Koalition, Wahlbeteiligung, Programm - das sind die drei Bedingungen, die die demokratische Opposition erfüllen muss, um von einem Sieg zu träumen, ohne mit einem Wunder zu rechnen.

Kann die demokratische Opposition die Wahlen in der zweiten Hälfte dieses Jahres gewinnen? Der bedeutende amerikanische politische Philosoph Stephen Holmes von der juristischen Fakultät der New York University beklagte in einem Aufsatz, der in dem Band „Can It Happen Here? Autoritarismus in Amerika“:

„Wenn eine politisch agile Gegenelite genug Macht erlangt, um die Medien zu kontrollieren, die Gerichte zu neutralisieren und die Fähigkeit der Opposition, bei Wahlen zu konkurrieren, zu untergraben, wie es in Ungarn und Polen geschehen ist, kann nur ein Wunder die liberale Demokratie wieder zum Leben erwecken“. Bleibt uns also wirklich nichts anderes übrig, als auf ein Wunder zu hoffen?

Man fühlt sich an das Bonmot von Tadeusz Konwicki erinnert. In Abwandlung: Für Polen gibt es zwei Szenarien. Das Wunder: Die Polen werden sich an die Arbeit machen und die Demokratie wiederaufbauen. Und das realistische Szenario: Die Mutter Gottes steigt vom Himmel herab und bringt Ordnung in Polen.

Es ist nicht so schlimm. In dem zitierten Satz weist Holmes zu Recht auf die Rolle der Opposition hin. Das bedeutet, dass jetzt alles von den demokratischen Kräften abhängt: von ihrer Klugheit, ihrer Effizienz und ihrer Energie. Dies sind die Bedingungen, die, wie die Beispiele anderer autoritär-populistischer Staaten

zeigen, die demokratische Opposition erfüllen muss, um vom Sieg träumen zu können. Keines von ihnen fällt in die Kategorie „Wunder“.

Erstens: zusammengehen

Bedingung eins, die offensichtlichste: eine kohärente Koalition der demokratischen Kräfte. Nein, ich möchte mich nicht in die Debatte um die gemeinsame Liste einmischen; das machen besser Politikwissenschaftler, die wissen, wie man zählt und modelliert.

Die Spekulationen, dass eine gemeinsame Liste kontraproduktiv sein könnte, da sie per se die Summe der für die demokratischen Parteien abgegebenen Stimmen verringern würde (die Anhänger von *Razem* werden nicht für eine Liste mit der PSL stimmen und umgekehrt, und die Person von Tusk würde den Eifer der Opposition weiter schwächen), hält dem empirischen Test nicht stand. Kürzlich ging ein Gutachten eines Wissenschaftlers aus Łódź durch die Medien, der – im Auftrag der PSL – eine Analogie zu einem Musikkonzert herstellte: Wenn es sowohl Disco Polo als auch Heavy Metal gibt, werden insgesamt weniger Zuhörer da sein als bei Konzerten, die sich auf ein Genre spezialisieren.

Aber eine Wahl, bei der es um Demokratie geht, ist kein Konzert, und politische Parteien sind keine Bands. Es ist nicht nötig, hier Amerika zu entdecken: Die internationale Politikwissenschaft hat zweifelsfrei festgestellt, dass in Ländern mit geschwächten Demokratien der wichtigste Faktor für den Sieg der demokratischen Kräfte gerade die Einheit der demokratischen Opposition ist. Die amerikanischen Politikwissenschaftler Marc Howard und Philip Roessler (von den Universitäten Georgetown und Maryland) untersuchten ein Dutzend Fälle von Wahlen in Staaten mit unvollständiger Demokratie (oder „kompetitivem Autoritarismus“) und kamen zu dem Schluss, dass der wichtigste Faktor (und mit großem Abstand vor den Faktoren 2, 3, 4...) gerade die Existenz einer geschlossenen demokratischen Opposition ist.

Dafür gibt es eine Reihe von Gründen. Erstens: „Je gespaltener die Oppositionsparteien sind, desto anfälliger sind sie für Manipulation, Kooptation und Unterdrückung durch die Regierung“. Ganz klar: Teile und herrsche. Es lohnt sich anzuhören, was die PiS dazu sagt: Ryszard Terlecki, der Kopf der PiS, der für seine Aufrichtigkeit bekannt ist, hat deutlich gemacht, dass es für die PiS umso besser ist, je mehr Oppositionslisten es gibt.

Eine gemeinsame Liste hat, abgesehen von dem offensichtlichen Bonus von D’Hondt, weitere Vorteile, wie Howard und Roessler schreiben. Zum Beispiel die Tatsache, dass sie ein klares Signal an die Wähler sendet, dass die Opposition versammelt und organisiert genug ist, um schnell eine effektive Regierung bilden zu können. Vor dem Hintergrund des Machtlagers, das zwangsläufig von den Skandalen der vergangenen Jahre gezeichnet ist (ist es notwendig, Beispiele in Polen zu nennen?), hat die vereinigte Opposition das Image einer positiven Energie und einer neuen Öffnung.

Hier bedarf es übrigens keiner empirischen Untersuchung: Beispiele von Wahlsiegen der Demokraten in halbdemokratischen Staaten zeigen die Bedeutung dieses Faktors. Die Anti-Netanjahu-Koalition in Israel im Jahr 2021, die sich von rechts bis links erstreckte (und sogar eine arabische Partei einschloss), ist ein Beispiel dafür, und das spätere Schicksal der dann siegreichen Koalition ist eine andere Sache.

Ein Kritiker wird darauf hinweisen: Was war mit der ungarischen Koalition im letzten Jahr? Nun ja, aber dort hatten es die demokratischen Kräfte aufgrund von Orbáns drastischer Manipulation des Wahlsystems so schwer, dass ihr Sieg wirklich das Wunder gewesen wäre, von dem Holmes schreibt. Ich will damit nicht sagen, dass die Einheit der Demokraten eine Garantie für den Erfolg ist, aber sie ist eine der Voraussetzungen dafür. Eine notwendige.

Ich erwähne nicht das Offensichtliche: Für die derzeitige Opposition ist es eine existenzielle Frage. Denn wenn in einer Situation, in der alle Umfragen zeigen, dass insgesamt mehr Befragte für demokratische Parteien als für die PiS mit ihren Anhängseln stimmen wollen, die Ausweitung der Macht dieser Partei aufgrund der Unangepasstheit der Opposition eine Katastrophe sein wird, die die polnischen Demokraten den derzeitigen Oppositionsführern nie verzeihen werden.

Zweitens: Hohe Wahlbeteiligung hilft der Demokratie

Die zweite Bedingung ist die Wahlbeteiligung. Hier ist die empirische Evidenz etwas schwächer, aber es gibt keinen Mangel an akademischen Aussagen, dass dies ein pro-demokratischer Faktor ist. Das behauptet die Politikwissenschaftlerin Erica Frantz von der Michigan State University in einem Artikel von 2018 mit dem Titel „Wahlbeteiligung und Wahlergebnisse der Opposition in Staaten mit kompetitivem Autoritarismus“. Die These stützt sich auf eine Argumentation, die in vollem Umfang auf Polen anwendbar ist. Die autoritären Parteien verfügen über eine sehr disziplinierte Wählerschaft, die ihr Wählerreservoir sozusagen schon ausgeschöpft hat: Eine höhere Wahlbeteiligung bei den nächsten Wahlen wird nicht besonders viele neue Wähler bringen. Bei den demokratischen Parteien ist das Gegenteil der Fall: Ihre Wählerschaft ist weniger gefestigt, und es gibt mehr „lauwarme“ Anhänger, die zuhause bleiben, weil sie im Allgemeinen von der Politik angewidert sind.

Und Autoritäre und Demokraten kämpfen um die Unentschlossenen - das ist klar. Doch bei dieser potenziell schwankenden Wählerschaft gibt es für die Demokraten mehr zu gewinnen als für die autoritären Populisten. Frequenzfördernde Maßnahmen sind daher in Staaten mit schwachen Demokratien per se von Vorteil für die Opposition.

Natürlich ist nicht jede Änderung, die als frequenzfördernd angepriesen wird, von dieser Art. Wenn Jaroslaw Kaczynski vorschlägt, viele neue Wahllokale am Rande der Kirche einzurichten, damit die Bewohner von Dörfern und Kleinstädten unmittelbar nach der Messe wählen gehen können, während sie die politische Überzeugung ihres geistlichen Hirten noch im Kopf haben, dann ist die politische Wirkung eines solchen Projekts nur allzu offensichtlich. Auch die kostenlose Beförderung von Menschen in Kleinstädten, die theoretisch nobel ist, kann zu einem Instrument des sanften Zwangs zugunsten der „richtigen“ Wahl werden.

Drittens: ein „Ja“-Programm

Die dritte Bedingung, die am schwierigsten zu erfüllen ist, ist das Programm der Opposition. Hier liegt das Dilemma auf der Hand: Eine geeinte demokratische Opposition setzt sich dem Vorwurf aus, dass das einzige, was sie programmatisch gemeinsam hat, die Abneigung gegen die aktuelle Regierung ist: gegen die Regierungen von Netanjahu, Bolsonaro, Orbán oder Kaczynski. Es ist allgemein bekannt, dass die Wähler nur ungern für eine „Anti“-Agenda mobilisiert werden. Es ist daher notwendig, den Widerstand gegen die derzeitige rückläufige Regierung in ein positives Programm umzuwandeln. Ein begeisterter, keiner der Unzufriedenheit ausdruckt.

Das ist eine schwierige Herausforderung, aber nicht unmöglich, sie mit Inhalt zu füllen, denn das Programm der Opposition gegen den Autoritarismus ist im Grunde ein positives Programm par excellence. Im polnischen Kontext ist es ein pro-demokratisches, pro-europäisches und pro-konstitutionelles Programm. Zu sagen, dass der Wiederaufbau der Demokratie ein negatives Programm ist, ist so, als würde man sagen, dass die Bekämpfung von Obdachlosigkeit ein negatives Programm ist, weil es „anti“ ist. Die Demokratie unter polnischen Bedingungen hat eine eindeutig positive Dimension. Es geht um die Unabhängigkeit von Institutionen wie den Gerichten und der Staatsanwaltschaft, der Zentralbank oder den Medienräten; es geht um die echte Gewaltenteilung, bei der nicht eine Person über alles entscheiden kann. Ebenso positiv sind die Parolen von einer Rückkehr zu den europäischen Institutionen und der Achtung der Verfassung.

In der Politik kommt es nicht nur darauf an, was gesagt wird, sondern auch wie es gesagt wird. Die Opposition muss über all diese Themen in einem positiven Ton sprechen und nicht auf der Grundlage von: „Und Kaczynski sagte...“. Es muss ein Programm gezeigt werden. Nur, dass es sich nicht um ein Programm wie bei normalen Wahlen in demokratischen Ländern handelt, denn bei diesen Wahlen geht es nicht um die Ernennung dieser oder jener Regierung, sondern um den Wiederaufbau und das Überleben des demokratischen Systems. Und darüber muss die vereinigte demokratische Opposition positiv und enthusiastisch sprechen.

Ein Plan für die ersten hundert Tage

Als der große Reformer Franklin Delano Roosevelt 1933 die Präsidentschaftswahlen in den USA gewann, kündigte er sofort das Programm „First 100 Days“ an, das unter anderem 15 bahnbrechende Gesetze (und Dutzende kleinerer) zur Bekämpfung der Auswirkungen der Großen Depression umfasste.

Polen befindet sich im Jahr 2023 in einem Zustand, der der Großen Depression entspricht: mit einem verkorksten politischen System, mafiöser Korruption an der Schnittstelle von Politik und Wirtschaft, einem betrügerischen Haushalt, staatlicher Symbiose mit der Kirche, staatlichen Propagandamedien, Streit mit den Nachbarn, Umweltkatastrophe, Förderung des braunen Extremismus und zunehmender Distanz zu europäischen Institutionen und Normen. Es wird ein Programm für die ersten 100 Tage benötigt.

Ein solches Programm sollte jetzt von der Opposition in spezialisierten Arbeitsgruppen vorbereitet werden. Das kann innerhalb eines Monats geschehen, denn es geht nicht um Details, sondern um allgemeine Hinweise. Sie kann der Opposition den Anstoß dazu geben, sich auf einen gemeinsamen programmatischen Nenner zu einigen. Was noch wichtiger ist: Es wird der Öffentlichkeit signalisieren, dass die Opposition zusammenhält, agil ist und bereit ist, die Regierungsgeschäfte zu übernehmen.

Und dann brauchen wir nicht mehr auf ein Wunder zu warten.

Wojciech Sadurski *ist Professor für Recht an der Universität von Sydney, Professor am UW European Centre und derzeit Gastprofessor für Recht an der Yale University, USA.*

Zsfg.: JP

https://wyborcza.pl/7,75968,29344008,opozycja-w-wyborach-2023-nie-liczcie-na-cud-liczcie-na-siebie.html

ZITAT DER WOCHE

Quelle: wiadomo.co

„Manchen mag ein Populist an der Macht wie ein gutmütiger, gutherziger, wenn auch nicht sehr kluger Mensch erscheinen: Er plappert etwas von Verrätern und Verschwörungen. Aber wenn es darauf ankommt, ist er ein Faschist, weil es ihn zu viel kostet, die Wahl zu verlieren."

Wojciech Sadurski - Professor für Recht an der Universität von Sydney, Professor am UW European Centre und derzeit Gastprofessor für Recht an der Yale University, USA

Quelle: https://twitter.com/WojSadurski/status/1612572108760182785?t=PJb44eeNBbfdsOM-3FrcBA&s=19

MEDIENSPIEGEL – IN DER DEUTSCHSPRACHIGEN PRESSE ÜBER POLEN

dw.com/de

Massive Einschüchterungskampagne gegen polnische Medien
https://www.dw.com/de/massive-einsch%C3%BCchterungskampagne-gegen-polnische-medien/a-64361702

---

rheinpfalz.de

Schwierige Nachbarn: Warschau setzt auf antideutsche Töne
https://www.rheinpfalz.de/politik_artikel,-schwierige-nachbarn-warschau-setzt-auf-antideutsche-t%C3%B6ne-_arid,5452445.html?reduced=true

---

bild.de

Polens Forderungen zeugen von Doppelmoral
https://www.bild.de/politik/kolumnen/kolumne/reparationszahlungen-polens-forderung-zeugt-von-doppelmoral-gastkommentar-82501540.bild.html

---

welt.de

Harte Kritik an Deutschland – aber selbst ein „Nord-Stream-Problem“
https://www.welt.de/politik/ausland/plus243154157/Polen-kritisiert-Deutschland-scharf-hat-aber-selbst-ein-Nord-Stream-Problem.html

---

faz.de

Polen und die EU-Mittel: Spiel um Macht und Geld
https://taz.de/Polen-und-die-EU-Mittel/!5904744/

DEKODER auf Deutsch
https://dekoder.com.pl/deutsch-artikel/

DIALOG FORUM – Perspektiven aus der Mitte Europas
https://forumdialog.eu/

POLEN und wir – älteste Zeitschrift für deutsch-polnische Verständigung
http://www.polen-und-wir.de/

REDAKTION:

kontakt@mitte21.org

Christel Storch-Paetzold

Jerzy Paetzold | Andreas Visser | Krzysztof Wójcik

Layout: Małgorzata Nierhaus